

Zweiter Tag: 6. März 1922

Punkt 2: Taktik der Partei und Union. Statt des Haupthausschusses übernahm der Redakteur der „KAZ“ das Referat: Nach einer Analyse der augenblicklichen politischen und wirtschaftlichen Situation (siehe die leichten Aufsätze in der „KAZ“) postulierte er in erster Linie gegen die Artikelserie in „Kampfzeit“ („Die Union — was sie ist und was sie nicht ist“) und vertrat die im Rahmen der Richtlinien des GSA (abgedruckt in Nr. 12 der „KAZ“) entwickelte Auffassung, indem er u. a. erklärte, daß die Union „nicht nur für das Ziel der Eroberung der politischen Macht, sondern auch für die Erhaltung der proletarischen Arbeitskraft innerhalb des heutigen Kapitalismus kämpfen“ müsse.

Dieser Auffassung, die vom GSA und einem Teil der Berliner Ortsgruppe der Partei und damit der „KAZ“ gemeinsam vertreten wird, traten der Reihe nach sämtliche nachfolgenden Wirtschaftsbezirke entgegen und kennzeichneten sie als ein offenes Abweichen vom Programm der KAPD und Union. Nord, Spandau-Ostpreußland, Hannover, Pommern, Rheinland-Westfalen, Bel. Zone, außerdem die Vertreter des Reichsausschusses und des Bezirks Auff. der A.I.U., und die des Intern. Org.-Büros.

Der GSA meldete sich überhaupt nicht zum Wort, um seine Richtlinien zu verteidigen.

#### Abstimmung über Punkt 2 (Taktik)

folgende Anträge wurden angenommen, aus denen sich alles Weitere ergibt:

Antrag Nord: Aus der Mitte des Zentralausschusses ist eine Kommission zu wählen, die in allerhöchster Sitz Richtlinien zur Taktik der Partei und Union ausarbeiten und der Mitgliedschaft vorzulegen hat. Die Entscheidung über diese Richtlinien trifft der nächste Parteitag der Partei. Diese Richtlinien sind selbstverständlich im Rahmen und auf dem Boden des Programms der Partei zu halten.

Die in Nr. 12 der „KAZ“ abgedruckten Richtlinien des GSA sind von der Kommission als Material zu verwenden. Der Zentralausschuß lehnt jedoch die im leichten Absatz des Teiles 4 der Richtlinien des GSA entwickelte Auffassung, nach welcher die Union kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen führend vorangehen soll, als eine Verletzung des Programms der KAPD entschieden ab. (Mit 13 Stimmen dafür und 2 enth. angen.)

Dafür stimmten sämtliche Wirtschaftsbezirke mit Ausnahme Berlins und Übersees.

Antrag Rheinland-Westfalen: Der ZA verurteilt den Abschluß der „Kampfzeit“ zwischen der Hessenkirchen Union, den Sozialistischen, der A.I.U. (Einheitsorganisation) und der A.I.U. Düsseldorf aus spätestens als ein hinterrevolutionäres Experiment, das im Gegensatz zum Programm der KAPD, von einem einzigen Genossen der A.I.U. ohne Befragung der Mitgliedschaft vorgenommen worden ist. Der Zentralausschuß erwartet die sofortige Aufhebung der „Kampfzeit“-Artikelserie und die erneute Aufnahme des „öffentlichen Kampfes“ gegen den offenen Reformismus der Hessenkirchen Union, der Sozialistischen und der A.I.U. (Einheitsorganisation). (Mit 13 Stimmen dafür und 2 enth. angen.)

Das gleiche Abstimmungsergebnis trat wie oben beim Antrag Nord!

In die Kommission zur Ausarbeitung der Richtlinien zur Taktik werden die Genossen R.-Rheinland-Westfalen, D.-Nord, und Schl.-Hannover gewählt.

#### 3. Berichte

b) DRUK. Die Zahl der Flüchtlinge hat zwar abgenommen, dafür haben sich aber die Provinzhäfen wieder erholt. Die Verbindung der DRUK m. dem Reich ist außerst schlecht. Nur d. Bez. Nord hat gut u. regelmäßig abgeschnitten. Die Unterflüchtlingshäfen erhöhten wieder. Aufgrund der Beschlüsse der leichten Zentralausschusssitzung.

2. Sie erklärt sich mit der Verteilung des GSA nach Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses Essen (einstimmig angen.).

Eine Reihe von Beiträgen sprach in der Diskussion und schloß keine Erfahrungen mit Flüchtlingen.

Zudem wurde folgender Antrag mit 12 Stimmen abgelehnt: „Die Gelder der DRUK, dürfen nur für Zwecke der DRUK verwendet werden.“

c) Tätigkeitsbericht des GSA:

Politisch hat der GSA in den beiden wiedergewonnenen politischen Ereignissen (Hungertreck, Eisenbahnerstreik) hervorauftreten. Aber fast ohne jeden Erfolg. In Berlin sind überdies noch 69 000 Flüchtlinge zum Eisenbahnerstreik heimgekommen worden.

Organisatorisch habe der GSA „so billig wie möglich gearbeitet“. Meist sei auch nur ein Genosse zur Arbeit dagemessen, da die beiden anderen entweder anderweitig beschäftigt oder krank gewesen seien. Beim Eisenbahnerstreik z. B. sei nur ein Genosse des GSA anwesend gewesen, und auch der noch dazu krank.

In der Ortsgruppe Braunschweig ist durch den Gen. m. Vermögensverluste angerichtet worden. M. hat dort mit wenigen Genossen einen „Bund der freien Kommunisten“ gegründet.

Ortsgruppe Halle baut sich nach Reinigung wieder auf. Die Ortsgruppen D. und K. sind wegen des „Reformismus der KA“ aus der Partei ausgeschlossen. Der Bezirk Sachsen-Anhalt hat sich neu konstituiert, ebenso wie eine Besserung in Pommern zu verzeichnen.

(c) Bericht der Bezirke. Es ist zu erwähnen, daß Mainz neue Ortsgruppen geworden ist. Gen. K. von allen Funktionen zurückgetreten ist. Gen. W. aus der Ortsgruppe Frankfurt ausgeschlossen worden ist.

Den Käffner wurde nach Prüfung Entlastung erteilt. Die Jugendkommission, die die vorherige ZA-Sitzung eingeleitet hatte, leitete ihre Richtlinien zur Jugendfrage vor, die in der „KAZ“ veröffentlicht werden und durch die Mitgliederversammlung bestätigt werden.

gleichschaft diskutiert und entschieden werden sollen. Als Bezirk für die Kontrollkommission wurde Rheinland-Westfalen mit 10 dafür und 1 dagegen gewählt.

Die Genossen B.-Berlin und M. Braunschweig, die auf der vorherigen ZA-Sitzung behauptet hatten, in Beziehung zu sein, haben auf die im Namen der Sozialistischen Partei gefallene mehrmalige Aufrufung zur Übergabe des Materials an die von der vorherigen Zentralausschusssitzung eingesetzte Untersuchungskommission nicht reagiert. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß das gesamte „Material“ von B. und M. aus Kreisen der 3. Internationale stammt und jeder wahren Grundlage entbehrt.

Ein Antrag Berlin auf Mandatsübertragung der Mitglieder des Internationalen Büros wird mit 9 Stimmen dagegen abgelehnt.

Als Erkennungsmerkmal für den aus heutigen Genossen Schw. wird der Genosse R.-Rheinland-Westfalen ins Internationale Org.-Büro gewählt.

Ein Antrag Rheinland-Westfalen, den nächsten Parteitag in E. stattfinden zu lassen, wird mit 10 Stimmen dafür, 1 dagegen angenommen. Auch Berlin stimmt dafür.

Ein Antrag Berlin, sofort in Form von Pflichtbeiträgen die allgemeinen Unkosten für den nächsten Parteitag aufzutragen, wird mit 5 Stimmen dafür, 1 dagegen ang.

Ein Antrag Rheinland-Westfalen: „Die den einzelnen Wirtschaftsbezirken durch Entsenden von Delegationen zu Reichsmittelmünzen entstandenen Unkosten werden diesen als obligatorische Pflichtbeiträge in Anrechnung gebracht“ wird der Mitgliedschaft zur Diskussion vorgelegt.

Der Zentralausschuß lehnt zum Schluß der Tagung den nodalnominalen Antrag der 5. Bezirke auf Einberufung eines Parteitages vor dem internationalen Kongress in persönlicher Meinungssäuerung der Delegierten mit 7 Stimmen dagegen und 5 dafür ab.

Dauer der ganz Tagung insgesamt ca. 27 Stunden.

#### Genossen! Sammelst für den Pressefonds!

Gedächtnisse sind vorläufig zu richten an die Adressen: Christian Rock, Essen (Ruhr), Trichtstr. 14.

Postcheckkonto wird noch bekannt gegeben.

#### Aus der Partei

##### Bezirk Südwest zur Frage der Taktik

Die bomb. Bezirksskonferenz Südwest vom 11. und 12. März nahm zur Frage der Taktik folgende Resolution ein.

Die heutige Begegnungskonferenz stellt sich geschlossen hinter der Grundsatz der „Kampfzeit“-Artikelserie. „Die Union — was sie ist und was sie nicht ist.“ Sie lehnt den leichten Absatz des Teiles 4 der Richtlinien des GSA ab, der sich einsetzt, daß die Union in Kämpfen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen führend vorangehen soll.

Sie verurteilt die Führung von wirtschaftlichen Kämpfen durch die Union als unvereinbar mit dem Ziel und der programmatischen Aufgabe der Union.

Zum Bericht über die ZA-Sitzung wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

1. Die Bez.-Konferenz Südwest vom 11. und 12. März lehnt die reformistische Haltung der Berliner Organisation in Bezug auf die Taktik ganz entschieden ab und verurteilt aufs schärfste ihre Sabotage der Gründung der KAPD und der Beschlüsse der leichten Zentralausschusssitzung.

2. Sie erklärt sich mit der Verteilung des GSA nach Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

3. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

4. Sie erklärt sich mit der Verteilung des GSA nach

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

5. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

6. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

7. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

8. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

9. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

10. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

11. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

12. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

13. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

14. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

15. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

16. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

17. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

18. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

19. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

20. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

21. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

22. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

23. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

24. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

25. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

26. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

27. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

28. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

29. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

30. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

31. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in

Rheinland-Westfalen einverstanden, stellt sich geschlossen hinter die Beschlüsse der leichten ZA-Sitzung und billigt das Vorgehen des Geschäftsführenden Haupthausschusses.

32. Sie erklärt sich mit dem Vorgehen des GSA in



# B Das gesamte Reich geschlossen gegen Berlin für die Beibehaltung der alten revolutionären Linie.

Die Ortsgruppe Eßen nahm in ihrer Mitgliederversammlung vom 19. März folgende Resolution einstimmig an:

Die außerordentliche allgemeine Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Eßen vom 19. März 1922 erkennt die Bedürfnisse der letzten Revolutionsschicht von 5. und 6. März als eben Genossen zur Flucht, im Sinne dieser Revolution zu erkennen. Der dem ganzen Lande stellt sich aufgezwungen der Krieg.

Die versteht aus entschieden die in der ehemaligen Berliner Organisation durch den bestimmen Einfluss des dortigen befindlichen Kommandos und eines kleinen von ihnen ausgenommen Anhangs sich breit machenden reformistischen Tendenzen, die die Revolutionäre, Gewerkschaften, als den ersten mit dem Programm und den sozialistischen Strukturen der Union, insbesondere legt sie die im letzten Teil des Abends 4 vertretene Ausführung der von dem ehemaligen KGD offiziell herangebrachten und in der KGD (Berlin) Richtung bevorstehenden Maßnahmen als eine Verleugnung des Programms der KGD.

Sie verlässt aus entschieden die in der ehemaligen Berliner Organisation durch den bestimmen Einfluss des dortigen befindlichen Kommandos und eines kleinen von ihnen ausgenommen Anhangs sich breit machenden reformistischen Tendenzen, die die Revolutionäre, Gewerkschaften, als den ersten mit dem Programm und den sozialistischen Strukturen der Union, insbesondere legt sie die im letzten Teil des Abends 4 vertretene Ausführung der von dem ehemaligen KGD offiziell herangebrachten und in der KGD (Berlin) Richtung bevorstehenden Maßnahmen als eine Verleugnung des Programms der KGD.

Die verlässt aus mit den durch den Spaltung hingelösten Teilen der Berliner Organisation notwendig gewordenen Maßnahmen und der Verlogung des KGD nach Rheinland-Westfalen einsteuerten und spricht den Berliner sozialen Recht ab, im Namen der KGD, zu sprechen. Dieses Recht steht mir dem als Rechtsabschluss und das alte Programm der KGD vertretenen Hauptabschluss Eßen zu.

Beitrag "Soziale Zone, Düsseldorf".

Eine konföderierte Funktionärsversammlung in Düsseldorf, auf der eine ganze Anzahl Mitglieder mitmachten waren (insgesamt 32 Düsseldorfer), sprach sich im wesentlichen gegen den KGD in Eßen aus. Sie ist gegen die soziale Gründung der Interessengemeinde und gegen die im "Kämpfer" entwiesenen Grundprinzipien des KGD. Eine endgültige Entscheidung soll der nächsten Mitgliederversammlung vorbehalten bleiben. Der Soziale KGD, der als Delegierter auf der letzten Zentralausschusssitzung gegen das Programm des ehemaligen KGD und gegen die "Kommunegemeinde" mit den KGD-Gewerkschaften, Syndikaten und Gewerkschaften gestimmt habe, wurde desanisiert. Er kommt plötzlich, übernahm diese Stellung einzuhalten.

Düsseldorf steht damit außerhalb der alten KGD.

Ein Einladung zur Zentralausschusssitzung.

Der Geschäftsführende Hauptausschuss der KGD in Düsseldorf einigte sich folgendes: Nach einem vollkommen gesetzlichen Vertrag, das mit einer sozialen und sozialökonomischen Ausstattung der KGD, als erster der Düsseldorfer Delegierten, die der KGD, der am 5. und 6. März 1922, eine erweiterte Zentralausschusssitzung, gegen das Programm des ehemaligen KGD und gegen die "Kommunegemeinde" mit den KGD-Gewerkschaften, Syndikaten und Gewerkschaften gestimmt habe, wurde desanisiert. Er kommt plötzlich, übernahm diese Stellung einzuhalten.

Der Delegierte des Bezirks Nord auf der Z.A.-Sitzung am 5. und 6. März 1922.

## Einladung zur Zentralausschusssitzung.

Der Geschäftsführende Hauptausschuss der KGD in Düsseldorf einigte sich folgendes: Nach einem vollkommen gesetzlichen Vertrag, das mit einer sozialen und sozialökonomischen Ausstattung der KGD, als erster der Düsseldorfer Delegierten, die der KGD, der am 5. und 6. März 1922, eine erweiterte Zentralausschusssitzung, gegen das Programm des ehemaligen KGD und gegen die "Kommunegemeinde" mit den KGD-Gewerkschaften, Syndikaten und Gewerkschaften gestimmt habe, wurde desanisiert. Er kommt plötzlich, übernahm diese Stellung einzuhalten.

Der Delegierte des Bezirks Nord auf der Z.A.-Sitzung am 5. und 6. März 1922.

## Zentralausschusssitzung

noch Eßen ein.

Delegierter ist — die insofern über die Entscheidung gestoßen ist — natürlich nur jene Mitgliedschaften, die sich für die Anerkennung der Bezirkstage einsetzen, die die letzte Zentralausschusssitzung gehabt hat. Also: Rheinland-Westfalen, Spanien-Ostwestfalen, Nord, Niederrhein, Südwürttemberg, Groß-Württemberg, Württemberg, Baden, Mitteldeutschland, Sachsen, Oberlausitz, Westfalen, Bremen, Berlin (als neu eingestiegen). Es darf jetzt sofort zu diesem Artikel Arbeit übergegangen werden. Zur "persönlichen" sehr empfehlend, wenn in die richtige Richtung geht. Delegierte können nicht darüber schreiben, ob sie sich für eine hohe Gewerkschaftsarbeit machen können" abweichen darf. „Die Gewerkschaften“ ist ein unmissverständlicher Ausdruck, den man extra gemacht hat. Berlin erwähnte besonders darum, dass sie zuerst verhandeln darf, damit die Gewerkschaften sie noch einmal annehmen. Was anderen Vororten, die die wütige Gewerkschaftskampagne und Schadens der Berliner Organisation, die den Reichsbund für den Parteien zur Sennig bekannt sind und zur Entfernung Berlins geführt haben, auch zu überwältigen sind. Ein eingekämpft und die begonnene Reorganisationsphase ist noch die Rettung, doch das aus der Partei ausgetretene Mitglied des freieren Reichs-Kommunisten-Schw. an der Berliner KGD weiter untersetzt will. D. h. derzeit kann, das beide Seiten beschimpft, anstatt dem offenen Kampf gegen den KGD nicht und beiden Seiten zur Rettung doch nur genug ist, um den KGD aus dem Hafen heraus als bestätigt zu halten.

Geschäftsführender Hauptausschuss der KGD.

## Erklärung.

Wie wir wahrscheinlich sind, werden in Rheinland-Westfalen Gewerkschaften nicht vertreten, da ich für Hilfestellung von Gewerkschaften die Union einsetze und das den Hauptausschuss Berlin annehmen.

Dazu habe ich folgendes zu erklären:

1. Unserer in der Revolution, wenn es zu entscheiden galt zwischen einer sozialistischen oder kapitalistischen Zukunft, dann war es die revolutionäre Gewerkschaft entscheidend, dass das sozialistische ist, auch entsprechend gewählt. Wir können uns keinen Kompromiss gestehen, dass ich es abgelehnt, den sozialistischen Zugeständnissen zu machen.

2. Auch in dem jetzigen Zustand, in dem die Gewerkschaften nicht mehr auf die Gewerkschaften hinzuwirkt, sondern auf die Gewerkschaften hinzuwirkt, die nach wie vor bestehen, können alle gemeinsam die Gewerkschaftsleitung der KGD angestrebt werden.

3. Der Kampf gegen das KGD ist eindeutig der KGD, der in der Form der Gewerkschaften wird wissen, doch in der Form der Gewerkschaften, die in den Berliner KGD, Nr. 11, verdeckt ist. Die Gewerkschaften der KGD, die nach wie vor bestehen, werden die KGD aufheben, und dann werden sie wieder aufgenommen werden.

4. Der Gewerkschaften sind jetzt sehr bestrebt, die Gewerkschaften der KGD zu bestreiten, und dann werden sie wieder aufgenommen werden.

5. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

6. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

7. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

8. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

9. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

10. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

11. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

12. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

13. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

14. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

15. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

16. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

17. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

18. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

19. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

20. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

21. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

22. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

23. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

24. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

25. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

26. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

27. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

28. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

29. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

30. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

31. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

32. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

33. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

34. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

35. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

36. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

37. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

38. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

39. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

40. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

41. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

42. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

43. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

44. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

45. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

46. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

47. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

48. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

49. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

50. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

51. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

52. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

53. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

54. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

55. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

56. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

57. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

58. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

59. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

60. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften bestrebt, und die Gewerkschaften sind bestrebt, die Gewerkschaften der KGD bestreiten.

61. Der KGD ist nicht nur gegen die Gewerkschaften einer "Gefahr", die eine gewisse Gewerkschaften bestreitet, sondern gegen alle Gewerkschaften, die in den KGD bestreiten.

62. Ich habe mich daher für die bestreite Gewerkschaften best